

Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt

Nr. 23

München, den 31. Oktober

1997

Datum	Inhalt	Seite
21.10.1997	Neunte Verordnung zur Änderung der Bayerischen Mutterschutzverordnung..... 2030-2-26-F	726
21.10.1997	Verordnung über Zuständigkeiten im Ordnungswidrigkeitenrecht (ZuVOWiG) 454-1-1	727
21.10.1997	Verordnung über die Organisation der gesetzlichen Unfallversicherung im Kommunal- und Landesbereich (UkV) 8231-1-A	734
20.10.1997	Verordnung über die Errichtung des Internationalen Künstlerhauses Villa Concordia in Bamberg 220-6-K	735
17.10.1997	Bekanntmachung über die Verbindlicherklärung der Fünften Änderung, Teil 1, der Achten Änderung, Teil 1 und der Neunten Änderung des Regionalplans der Region München (14) 230-1-7-U	735
17.10.1997	Bekanntmachung über die Verbindlichkeit der Dritten Änderung, Teil 1, des Regionalplans der Region Ingolstadt (10) 230-1-8-U	736

2030-2-26-F

Neunte Verordnung zur Änderung der Bayerischen Mutterschutzverordnung *)

Vom 21. Oktober 1997

Auf Grund von Art. 88 Nr. 1 des Bayerischen Beamtengesetzes und Art. 52 Nr. 1 des Gesetzes über kommunale Wahlbeamte erläßt die Bayerische Staatsregierung folgende Verordnung:

§ 1

Die Verordnung über den Mutterschutz für Beamtinnen (Bayerische Mutterschutzverordnung - BayMuschV) - BayRS 2030-2-26-F, zuletzt geändert durch Verordnung vom 31. August 1994 (GVBl S. 926), wird wie folgt geändert:

1. § 3 Abs. 2 Buchst. e erhält folgende Fassung:

„e) für Arbeiten, bei denen die Beamtin infolge ihrer Schwangerschaft in besonderem Maße der Gefahr, an einer Berufskrankheit zu erkranken, ausgesetzt ist oder bei denen durch das Risiko der Entstehung einer Berufskrankheit eine erhöhte Gefährdung für die werdende Mutter oder eine Gefahr für die Leibesfrucht besteht;“

2. Es wird folgender § 3a eingefügt:

„§ 3a

Die §§ 1 bis 5 der Verordnung zum Schutze der Mütter am Arbeitsplatz vom 15. April 1997 (BGBl I S. 782) sind in der jeweils geltenden Fassung entsprechend anzuwenden.“

3. § 4 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

„(1) ¹In den ersten acht Wochen nach der Entbindung darf eine Beamtin nicht zur Dienstleistung herangezogen werden; diese Frist verlängert sich bei Früh- oder Mehrlingsgeburten auf zwölf Wochen, bei Frühgeburten zusätzlich um den Zeitraum, der nach § 2 Abs. 2 nicht in Anspruch genommen werden konnte. ²Beim Tod ihres Kindes kann die Mutter auf ihr ausdrückliches Verlangen

schon vor Ablauf dieser Fristen wieder beschäftigt werden, wenn nach ärztlichem Zeugnis nichts dagegen spricht. ³Sie kann ihre Erklärung jederzeit widerrufen.“

4. § 11 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Auch bei Vorliegen der Voraussetzungen des Absatzes 1 kann eine Entlassung ausgesprochen werden, wenn ein Sachverhalt gegeben ist, bei dem eine Beamtin auf Lebenszeit im Wege des förmlichen Disziplinarverfahrens aus dem Dienst zu entfernen wäre.“

§ 2

(1) Diese Verordnung tritt am 1. November 1997 in Kraft.

(2) Abweichend von Absatz 1 tritt § 1 Nr. 3 mit Wirkung vom 1. Januar 1997 in Kraft.

(3) Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die Bayerische Mutterschutzverordnung mit neuer Paragrafenfolge neu bekanntzumachen und Unstimmigkeiten des Wortlauts zu beseitigen.

München, den 21. Oktober 1997

Der Bayerische Ministerpräsident

Dr. Edmund Stoiber

*) Diese Verordnung dient auch der Umsetzung der Art. 4 bis 6 der Richtlinie 92/85/EWG des Rates vom 19. Oktober 1992 über die Durchführung von Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes von schwangeren Arbeitnehmerinnen, Wöchnerinnen und stillenden Arbeitnehmerinnen am Arbeitsplatz (10. Einzelrichtlinie im Sinn des Art. 16 Abs. 1 der Richtlinie 89/391/EWG, ABI EG Nr. L 348 S.1).

454-1-I

Verordnung über Zuständigkeiten im Ordnungswidrigkeitenrecht (ZuVOWiG)

Vom 21. Oktober 1997

Auf Grund von § 36 Abs. 2 Satz 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (OWiG), § 61 Abs. 3 Satz 1 des Personenbeförderungsgesetzes und § 26 Abs. 1 Satz 1 des Straßenverkehrsgesetzes erläßt die Bayerische Staatsregierung folgende Verordnung:

§ 1

Regelzuständigkeit

¹Zuständige Verwaltungsbehörde zur Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten ist diejenige Behörde, der der Vollzug der Rechtsvorschrift obliegt, gegen die sich die Zuwiderhandlung richtet. ²Satz 1 ist nicht anzuwenden, soweit die §§ 2, 3 Abs. 1 und 2 und §§ 4 bis 12 etwas anderes bestimmen oder soweit es sich um Zuwiderhandlungen gegen Vorschriften des Naturschutzrechts oder der Zweckverbände handelt.

§ 2

Gemeinden

(1) ¹Die kreisangehörigen Gemeinden sind zuständig für

1. die Verfolgung und Ahndung von Zuwiderhandlungen gegen Ortsrecht,
2. Verwarnungen nach § 56 OWiG wegen Zuwiderhandlungen gegen sonstige Rechtsvorschriften, deren Vollzug ihnen obliegt.

²Ist die Gemeinde Mitglied einer Verwaltungsgemeinschaft, so ist in den Fällen der Nummer 1 die Mitgliedsgemeinde, in den Fällen der Nummer 2 die Verwaltungsgemeinschaft zuständig.

(2) Die Großen Kreisstädte und diejenigen kreisangehörigen Gemeinden, denen nach Art. 65 Abs. 2 und 3 ^{*)} der Bayerischen Bauordnung (BayBO) die Aufgaben der unteren Bauaufsichtsbehörde übertragen worden sind, sind ferner zuständig für die Verfolgung und Ahndung von Zuwiderhandlungen gegen

1. die Bayerische Bauordnung,
2. Rechtsverordnungen, die auf Grund des Art. 38 Abs. 1 oder 3 des Landesstraf- und Ordnungsgesetzes (LStVG) oder des Art. 97 Abs. 1 ^{*)} BayBO oder auf Grund dieser beiden Ermächtigungen erlassen worden sind,
3. das Wasserhaushaltsgesetz oder das Bayerische Wassergesetz,
4. das Gaststättengesetz,
5. § 144 Abs. 1 Nr. 1 Buchst. c und d, Abs. 2 Nrn. 1, 3 und 4, § 145 Abs. 1 Nrn. 2 und 4, Abs. 2 Nrn. 1 und

7 Buchst. b und c und Abs. 3 Nr. 1 sowie § 146 Abs. 2 Nr. 1 der Gewerbeordnung (GewO), soweit sich diese Vorschriften auf Gewerbebetreibende beziehen, die den Vorschriften der §§ 14, 33a, 33c, 33d, 33i, 55c, 55f, 60a und 60b GewO unterliegen,

6. das Bestattungsgesetz oder die auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Verordnungen,
7. die Heizungsanlagen-Verordnung und die Verordnung über Zuständigkeiten auf dem Gebiet der Energieeinsparung,
8. § 12 des Gesetzes zum Schutze der Jugend in der Öffentlichkeit,
9. Art. 6 § 1 Abs. 1 des Gesetzes zur Verbesserung des Mietrechts und zur Begrenzung des Mietanstiegs sowie zur Regelung von Ingenieur- und Architektenleistungen,
10. das Denkmalschutzgesetz,

soweit diesen Gemeinden der Vollzug dieser Vorschriften obliegt.

(3) Die in der **Anlage 1** aufgeführten Gemeinden sind für die Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten nach § 24 des Straßenverkehrsgesetzes, die im ruhenden Verkehr festgestellt werden, in gleicher Weise zuständig wie die Dienststellen der Bayerischen Landespolizei (§ 6 Abs. 2).

(4) Die in der **Anlage 2** aufgeführten Gemeinden sind für die Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten nach § 24 des Straßenverkehrsgesetzes, die Verstöße gegen die Vorschriften über die zulässige Geschwindigkeit von Fahrzeugen betreffen, in gleicher Weise zuständig wie die Dienststellen der Bayerischen Landespolizei (§ 6 Abs. 2).

(5) Die in der **Anlage 3** aufgeführten Gemeinden sind neben der Zentralen Bußgeldstelle (§ 6 Abs. 1) für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 24 des Straßenverkehrsgesetzes zuständig, soweit ihnen die Zuständigkeit nach den Absätzen 3 oder 4 zugewiesen ist.

(6) In anderen als in den nach dieser Verordnung zugelassenen Fällen sind die Gemeinden für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nicht zuständig.

§ 3

Kreisverwaltungsbehörden

(1) Die Kreisverwaltungsbehörden sind, soweit sie nicht bereits nach § 1 zuständig sind, auch zuständig

^{*)} Ab 1. Januar 1998:

1) Art. 59 Abs. 2 und 3 (siehe GVBl 1997 S. 433)
2) Art. 90 Abs. 1 (siehe GVBl 1997 S. 433)

für die Verfolgung und Ahndung von Zuwiderhandlungen nach

1. §§ 117 und 118 der Handwerksordnung,
2. § 124 Nr. 1 OWiG, soweit sich diese Vorschrift auf das Bayerische Staatswappen bezieht,
3. § 76 Abs. 2 Nrn. 1b und 2 des Tierseuchengesetzes, soweit Vorschriften über das innergemeinschaftliche Verbringen sowie die Einfuhr und Durchfuhr von Tieren und Waren betroffen sind,
4. § 154 des Flurbereinigungsgesetzes und Art. 23 des Gesetzes zur Ausführung des Flurbereinigungsgesetzes,
5. Art. 22 des Abmarkungsgesetzes,
6. Art. 15 des Vermessungs- und Katastergesetzes,
7. § 39 Abs. 1 Nr. 7 des Bundesjagdgesetzes und Art. 56 Abs. 1 Nr. 15 des Bayerischen Jagdgesetzes, soweit Vorschriften über das Aussetzen von Tierarten betroffen sind.

(2) Die Kreisverwaltungsbehörden sind auch zuständig für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 49 Abs. 3 Nr. 4 in Verbindung mit § 41 Abs. 2 Nr. 6 der Straßenverkehrs-Ordnung (StVO), soweit sich die Anordnung auf § 45 Abs. 1a Nrn. 4 oder 4a StVO stützt; die Zuständigkeit der Polizei bleibt unberührt.

(3) Ist nach den §§ 1, 2 und 4 bis 12 dieser Verordnung für die Verfolgung oder Ahndung einer Ordnungswidrigkeit keine zuständige Behörde bestimmt, so ist die Kreisverwaltungsbehörde zuständig.

§ 4

Regierungen

(1) Die Regierungen sind, soweit sie nicht bereits nach § 1 zuständig sind, auch für die Verfolgung und Ahndung von Zuwiderhandlungen nach

1. § 334 des Handelsgesetzbuchs,
2. § 405 des Aktiengesetzes,
3. § 44 des Bundesdatenschutzgesetzes,
4. Art. 12 des Dolmetschergesetzes,
5. § 64b der Eisenbahn-Bau- und Betriebsordnung, soweit es sich nicht um Eisenbahnen des Bundes handelt,
6. § 49 der Eisenbahn-Bau- und Betriebsordnung für Schmalspurbahnen, soweit es sich nicht um Eisenbahnen des Bundes handelt,

zuständig.

(2) Die Regierung von Unterfranken ist zuständig für die Verfolgung und Ahndung von Zuwiderhandlungen gegen § 7 der Reblausverordnung vom 27. Juli 1988 (BGBl I S. 1203), zuletzt geändert durch Verordnung vom 10. November 1992 (BGBl I S. 1887), und § 3 der Verordnung zur Ausführung der Reblausver-

ordnung vom 13. Juli 1989 (GVBl S. 365, BayRS 7823-4-E).

(3) Die Regierung von Schwaben ist zuständig für die Verfolgung und Ahndung von Zuwiderhandlungen nach dem Saatgutrecht, dem Pflanzenschutzrecht und dem Düngemittelrecht, soweit nicht § 8 etwas anderes bestimmt.

(4) Die Regierung von Oberbayern ist für die Verfolgung und Ahndung von Zuwiderhandlungen nach

1. Art. 45 des Bayerischen Architektengesetzes und nach Art. 33 des Bayerischen Gesetzes über den Schutz der Berufsbezeichnung „Beratender Ingenieur“ und „Beratende Ingenieurin“ sowie über die Errichtung einer Bayerischen Ingenieurekammer-Bau und
2. der Verordnung über die verantwortlichen Sachverständigen im Bauwesen (SVBau) vom 28. Juli 1997 (GVBl S. 370, BayRS 2132-1-10-I) in Verbindung mit Art. 96 Abs. 1 Nr. 17 BayBO *)

zuständig.

(5) Die Regierung von Mittelfranken ist zuständig für die Verfolgung und Ahndung von Zuwiderhandlungen nach § 20 Abs. 1 Nr. 1 und Nrn. 8 bis 16 des Staatsvertrags über Mediendienste.

§ 5

Staatsministerien

(1) Das Staatsministerium für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst ist für die Verfolgung und Ahndung von Zuwiderhandlungen gegen das Bayerische Hochschulgesetz zuständig.

(2) Das Staatsministerium für Wirtschaft, Verkehr und Technologie ist, soweit es nicht bereits nach § 1 dieser Verordnung zuständig ist, für die Verfolgung und Ahndung von Zuwiderhandlungen gegen § 90 des Börsengesetzes zuständig.

§ 6

Polizei

(1) Die Zentrale Bußgeldstelle im Bayerischen Polizeiverwaltungsamt ist zuständig für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach

1. den §§ 24 und 24a des Straßenverkehrsgesetzes, ausgenommen Zuwiderhandlungen gegen die Durchführungsverordnung zum Fahrlehrergesetz vom 16. September 1969 (BGBl I S. 1763), zuletzt geändert durch Verordnung vom 19. Juni 1996 (BGBl I S. 885),
2. § 45 Abs. 1 Nr. 5, Abs. 2 der Verordnung über den Betrieb von Kraftfahrunternehmen im Personenverkehr vom 21. Juni 1975 (BGBl I S. 1573), zuletzt geändert durch Verordnung vom 18. Juli 1995 (BGBl I S. 951),
3. § 10 Abs. 1 des Gesetzes über die Beförderung gefährlicher Güter sowie § 10 der Gefahrgutverord-

*) Ab 1. Januar 1998:
Art. 89 Abs. 1 Nr. 17 (siehe GVBl 1997 S. 433)

nung Straße, soweit diese durch die Polizei oder bei Straßenkontrollen anderer Behörden mit Ausnahme der Gewerbeaufsichtsämter festgestellt werden.

(2) Für die Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten einschließlich der Erteilung von Verwarnungen in den Fällen des Absatzes 1 sind neben der Zentralen Bußgeldstelle auch die Dienststellen der Bayerischen Landespolizei, der Bayerischen Grenzpolizei und der Bayerischen Bereitschaftspolizei, soweit sie zur Unterstützung des polizeilichen Einzeldienstes bei der allgemeinen Dienstverrichtung herangezogen werden, zuständig, solange sie die Sache nicht an die Zentrale Bußgeldstelle oder an die Staatsanwaltschaft abgegeben haben oder wenn die Staatsanwaltschaft die Sache nach § 41 Abs. 2 oder § 43 Abs. 1 OWiG an die Polizei zurück- oder abgibt.

(3) Die dem Staatsministerium des Innern unmittelbar nachgeordneten Polizeidienststellen sind für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach Art. 37 des Bayerischen Datenschutzgesetzes in ihrem Bereich zuständig.

(4) ¹In anderen Fällen sind Dienststellen der Polizei für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nicht zuständig. ²Die Ermächtigung der Polizei zu Verwarnungen nach § 57 Abs. 2 OWiG bleibt unberührt.

§ 7

Staatsanwaltschaften

Die Staatsanwaltschaften bei den Landgerichten sind zuständig für die Verfolgung und Ahndung von Zuwiderhandlungen

1. gegen § 115 OWiG und gegen Art. 21 LStVG, soweit sich der Gefangene oder Verwahrte im Gewahrsam von Justizvollzugsanstalten befindet,
2. gegen Art. 1 § 8 des Rechtsberatungsgesetzes.

§ 8

Forstbehörden

Die Forstdirektionen sind zuständig für die Verfolgung und Ahndung von Zuwiderhandlungen gegen das Gesetz über forstliches Saat- und Pflanzgut in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. Juli 1979 (BGBl I S. 1242), zuletzt geändert durch Gesetz vom 2. August 1994 (BGBl I S. 2018).

§ 9

Tierzuchtbehörden

Die Ämter für Landwirtschaft und Ernährung, soweit sie nach der Anlage zur Zweiten Verordnung zur Änderung organisationsrechtlicher Vorschriften der staatlichen Landwirtschaftsverwaltung vom 20. Juni 1997 (GVBl S. 209, BayRS 7801-2-E) Angelegenhei-

ten der Tierzucht wahrnehmen, sind zuständig für die Verfolgung und Ahndung von Zuwiderhandlungen gegen das Tierzuchtgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. März 1994 (BGBl I S. 601) und das Bayerische Tierzuchtgesetz, im Bereich der Pferdezucht jedoch die Landesanstalt für Tierzucht.

§ 10

Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

Das Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung ist, soweit es nicht bereits nach § 1 zuständig ist, zuständig für die Verfolgung und Ahndung von Zuwiderhandlungen nach Art. 28 Abs. 1 des Bayerischen Statistikgesetzes und nach § 23 des Bundesstatistikgesetzes.

§ 11

Landesamt für Umweltschutz

Das Landesamt für Umweltschutz ist ausschließlich zuständig für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten im Zusammenhang mit der Beförderung radioaktiver Stoffe.

§ 12

Landesjugendamt

Das Landesjugendamt ist zuständig für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 20 Abs. 1 Nrn. 2 bis 7 des Staatsvertrags über Mediendienste.

§ 13

Verweisungen

Soweit diese Verordnung auf Rechtsvorschriften verweist, bezieht sich die Verweisung auf die Vorschriften in ihrer jeweils geltenden Fassung.

§ 14

Inkrafttreten

(1) Diese Verordnung tritt am 1. November 1997 in Kraft.

(2) Gleichzeitig tritt die Verordnung über Zuständigkeiten im Ordnungswidrigkeitenrecht (ZuVOWiG) vom 16. Dezember 1980 (BayRS 454-1-I), zuletzt geändert durch Verordnung vom 22. Oktober 1996 (GVBl S. 422), außer Kraft.

München, den 21. Oktober 1997

Der Bayerische Ministerpräsident

Dr. Edmund Stoiber

Anlage 1
(zu § 2 Abs. 3)

1. Regierungsbezirk Oberbayern

Altenmarkt a.d. Alz (Lkr. Traunstein)
 Altötting (Lkr. Altötting)
 Bad Aibling (Lkr. Rosenheim)
 Bad Endorf (Lkr. Rosenheim)
 Bad Reichenhall (Lkr. Berchtesgadener Land)
 Bad Tölz (Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen)
 Bad Wiessee (Lkr. Miesbach)
 Bayrischzell (Lkr. Miesbach)
 Berg (Lkr. Starnberg)
 Bernau a. Chiemsee (Lkr. Rosenheim)
 Breitbrunn a. Chiemsee (Lkr. Rosenheim)
 Burghausen (Lkr. Altötting)
 Chieming (Lkr. Traunstein)
 Dachau (Lkr. Dachau)
 Dießen a. Ammersee (Lkr. Landsberg a. Lech)
 Dorfen (Lkr. Erding)
 Eching (Lkr. Freising)
 Eggstätt (Lkr. Rosenheim)
 Erding (Lkr. Erding)
 Freilassing (Lkr. Berchtesgadener Land)
 Freising (Lkr. Freising)
 Fürstenfeldbruck (Lkr. Fürstenfeldbruck)
 Garching b. München (Lkr. München)
 Garmisch-Partenkirchen
 (Lkr. Garmisch-Partenkirchen)
 Gauting (Lkr. Starnberg)
 Germering (Lkr. Fürstenfeldbruck)
 Glonn (Lkr. Ebersberg)
 Gmund a. Tegernsee (Lkr. Miesbach)
 Gräfelfing (Lkr. München)
 Grafing b. München (Lkr. Ebersberg)
 Gröbenzell (Lkr. Fürstenfeldbruck)
 Gstadt a. Chiemsee (Lkr. Rosenheim)
 Hallbergmoos (Lkr. Freising)
 Hausham (Lkr. Miesbach)
 Herrsching a. Ammersee (Lkr. Starnberg)
 Holzkirchen (Lkr. Miesbach)
 Ingolstadt
 Inning a. Ammersee (Lkr. Starnberg)
 Ismaning (Lkr. München)
 Landsberg a. Lech (Lkr. Landsberg a. Lech)
 Miesbach (Lkr. Miesbach)
 Mittenwald (Lkr. Garmisch-Partenkirchen)
 Moosburg a.d. Isar (Lkr. Freising)
 Mühldorf a. Inn (Lkr. Mühldorf a. Inn)
 Landeshauptstadt München
 Neubiberg (Lkr. München)
 Neuburg a.d. Donau
 (Lkr. Neuburg-Schrobenhausen)
 Neuötting (Lkr. Altötting)
 Oberammergau (Lkr. Garmisch-Partenkirchen)
 Oberaudorf (Lkr. Rosenheim)
 Olching (Lkr. Fürstenfeldbruck)
 Otterbrunn (Lkr. München)
 Planegg (Lkr. München)
 Prien a. Chiemsee (Lkr. Rosenheim)
 Pullach i. Isartal (Lkr. München)
 Raubling (Lkr. Rosenheim)
 Rimsting (Lkr. Rosenheim)
 Rosenheim
 Rottach-Egern (Lkr. Miesbach)
 Schliersee (Lkr. Miesbach)
 Schongau (Lkr. Weilheim-Schongau)
 Seon-Seebruck (Lkr. Traunstein)
 Seeshaupt (Lkr. Weilheim-Schongau)

Siegsdorf (Lkr. Traunstein)
 Starnberg (Lkr. Starnberg)
 Straßlach-Dingharting (Lkr. München)
 Taufkirchen (Vils) (Lkr. Erding)
 Tegernsee (Lkr. Miesbach)
 Traunstein (Lkr. Traunstein)
 Trostberg (Lkr. Traunstein)
 Tutzing (Lkr. Starnberg)
 Übersee (Lkr. Traunstein)
 Unterhaching (Lkr. München)
 Unterneukirchen (Lkr. Altötting)
 Waldkraiburg (Lkr. Mühldorf a. Inn)
 Wartenberg (Lkr. Erding)
 Wasserburg a. Inn (Lkr. Rosenheim)
 Weßling (Lkr. Starnberg)
 Wörthsee (Lkr. Starnberg)
 Wolfratshausen (Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen)

2. Regierungsbezirk Niederbayern

Abensberg (Lkr. Kelheim)
 Arnstorf (Lkr. Rottal-Inn)
 Bad Birnbach (Lkr. Rottal-Inn)
 Bayerisch Eisenstein (Lkr. Regen)
 Bodenmais (Lkr. Regen)
 Deggendorf (Lkr. Deggendorf)
 Dingolfing (Lkr. Dingolfing-Landau)
 Eggenfelden (Lkr. Rottal-Inn)
 Freyung (Lkr. Freyung-Grafenau)
 Grafenau (Lkr. Freyung-Grafenau)
 Griesbach i. Rottal (Lkr. Passau)
 Hauzenberg (Lkr. Passau)
 Hengersberg (Lkr. Deggendorf)
 Kelheim (Lkr. Kelheim)
 Landau a.d. Isar (Lkr. Dingolfing-Landau)
 Landshut
 Ortenburg (Lkr. Passau)
 Passau
 Pfarrkirchen (Lkr. Rottal-Inn)
 Regen (Lkr. Regen)
 Schönberg (Lkr. Freyung-Grafenau)
 Straubing
 Viechtach (Lkr. Regen)
 Vilshofen (Lkr. Passau)
 Waldkirchen (Lkr. Freyung-Grafenau)
 Zwiesel (Lkr. Regen)

3. Regierungsbezirk Oberpfalz

Amberg
 Burglengenfeld (Lkr. Schwandorf)
 Cham (Lkr. Cham)
 Donaustauf (Lkr. Regensburg)
 Furth i. Wald (Lkr. Cham)
 Kötzing (Lkr. Cham)
 Lappersdorf (Lkr. Regensburg)
 Mitterteich (Lkr. Tirschenreuth)
 Neumarkt i.d. OPf. (Lkr. Neumarkt i. d. OPf.)
 Neutraubling (Lkr. Regensburg)
 Regensburg
 Schwandorf (Lkr. Schwandorf)
 Sulzbach-Rosenberg (Lkr. Amberg-Sulzbach)
 Tirschenreuth (Lkr. Tirschenreuth)
 Waldmünchen (Lkr. Cham)
 Waldsassen (Lkr. Tirschenreuth)
 Weiden i.d. OPf.

4. Regierungsbezirk Oberfranken

Bad Berneck i. Fichtelgebirge (Lkr. Bayreuth)
 Bamberg

Bayreuth
 Coburg
 Ebermannstadt (Lkr. Forchheim)
 Forchheim (Lkr. Forchheim)
 Gößweinstein (Lkr. Forchheim)
 Hof
 Kronach (Lkr. Kronach)
 Kulmbach (Lkr. Kulmbach)
 Marktredwitz (Lkr. Wunsiedel i. Fichtelgebirge)
 Pegnitz (Lkr. Bayreuth)
 Pottenstein (Lkr. Bayreuth)
 Wunsiedel (Lkr. Wunsiedel i. Fichtelgebirge)

5. Regierungsbezirk Mittelfranken

Allersberg (Lkr. Roth)
 Altdorf b. Nürnberg (Lkr. Nürnberger Land)
 Ansbach
 Bad Windsheim
 (Lkr. Neustadt a.d. Aisch - Bad Windsheim)
 Büchenbach (Lkr. Roth)
 Dinkelsbühl (Lkr. Ansbach)
 Eckental (Lkr. Erlangen-Höchstadt)
 Erlangen
 Feuchtwangen (Lkr. Ansbach)
 Fürth
 Gunzenhausen (Lkr. Weißenburg-Gunzenhausen)
 Hersbruck (Lkr. Nürnberger Land)
 Herzogenaurach (Lkr. Erlangen-Höchstadt)
 Hilpoltstein (Lkr. Roth)
 Lauf a.d. Pegnitz (Lkr. Nürnberger Land)
 Neustadt a.d. Aisch
 (Lkr. Neustadt a.d. Aisch - Bad Windsheim)
 Nürnberg
 Rednitzhembach (Lkr. Roth)
 Roth (Lkr. Roth)
 Rothenburg ob der Tauber (Lkr. Ansbach)
 Schwabach
 Schwanstetten (Lkr. Roth)
 Schwarzenbruck (Lkr. Nürnberger Land)
 Stein (Lkr. Fürth)
 Uffenheim (Lkr. Neustadt a.d. Aisch-Bad Windsheim)
 Weißenburg i. Bay. (Lkr. Weißenburg-Gunzenhausen)
 Wendelstein (Lkr. Roth)
 Zirndorf (Lkr. Fürth)

6. Regierungsbezirk Unterfranken

Amorbach (Lkr. Miltenberg)
 Aschaffenburg
 Bad Bocklet (Lkr. Bad Kissingen)
 Bad Kissingen (Lkr. Bad Kissingen)
 Bad Neustadt a.d. Saale (Lkr. Rhön-Grabfeld)
 Dettelbach (Lkr. Kitzingen)
 Eibelstadt (Lkr. Würzburg)
 Elsenfeld (Lkr. Miltenberg)
 Erlenbach (Lkr. Miltenberg)
 Gemünden a. Main (Lkr. Main-Spessart)
 Großheubach (Lkr. Miltenberg)
 Hammelburg (Lkr. Bad Kissingen)
 Haßfurt (Lkr. Haßberge)
 Hösbach (Lkr. Aschaffenburg)
 Iphofen (Lkr. Kitzingen)
 Karlstadt (Lkr. Main-Spessart)
 Kitzingen (Lkr. Kitzingen)
 Klingenberg a. Main (Lkr. Miltenberg)
 Lohr a. Main (Lkr. Main-Spessart)
 Margetshöchheim (Lkr. Würzburg)
 Marktbreit (Lkr. Kitzingen)
 Markttheidenfeld (Lkr. Main-Spessart)

Miltenberg (Lkr. Miltenberg)
 Mömlingen (Lkr. Miltenberg)
 Mönchberg (Lkr. Miltenberg)
 Münnerstadt (Lkr. Bad Kissingen)
 Obernburg a. Main (Lkr. Miltenberg)
 Ochsenfurt (Lkr. Würzburg)
 Prichsenstadt (Lkr. Kitzingen)
 Rottendorf (Lkr. Würzburg)
 Schweinfurt
 Sommerhausen (Lkr. Würzburg)
 Veitshöchheim (Lkr. Würzburg)
 Volkach (Lkr. Kitzingen)
 Winterhausen (Lkr. Würzburg)
 Würzburg
 Zeil a. Main (Lkr. Haßberge)

7. Regierungsbezirk Schwaben

Aichach (Lkr. Aichach-Friedberg)
 Altusried (Lkr. Oberallgäu)
 Augsburg
 Babenhausen (Lkr. Unterallgäu)
 Bad Wörishofen (Lkr. Unterallgäu)
 Balderschwang (Lkr. Oberallgäu)
 Blaichach (Lkr. Oberallgäu)
 Burgau (Lkr. Günzburg)
 Dillingen a.d. Donau (Lkr. Dillingen a.d. Donau)
 Donauwörth (Lkr. Donau-Ries)
 Fischen i. Allgäu (Lkr. Oberallgäu)
 Friedberg (Lkr. Aichach-Friedberg)
 Füssen (Lkr. Ostallgäu)
 Gersthofen (Lkr. Augsburg)
 Grönenbach (Lkr. Unterallgäu)
 Günzburg (Lkr. Günzburg)
 Gundelfingen a.d. Donau (Lkr. Dillingen a.d. Donau)
 Harburg (Lkr. Donau-Ries)
 Hindelang (Lkr. Oberallgäu)
 Höchstädt a.d. Donau (Lkr. Dillingen a.d. Donau)
 Ichenhausen (Lkr. Günzburg)
 Illertissen (Lkr. Neu-Ulm)
 Immenstadt i. Allgäu (Lkr. Oberallgäu)
 Kaufbeuren
 Kempten (Allgäu)
 Lauingen (Donau) (Lkr. Dillingen a.d. Donau)
 Leipheim (Lkr. Günzburg)
 Lindau (Bodensee) (Lkr. Lindau (Bodensee))
 Lindenberg i. Allgäu (Lkr. Lindau (Bodensee))
 Marktoberdorf (Lkr. Ostallgäu)
 Meitingen (Lkr. Augsburg)
 Memmingen
 Mering (Lkr. Aichach-Friedberg)
 Mindelheim (Lkr. Unterallgäu)
 Monheim (Lkr. Donau-Ries)
 Nesselwang (Lkr. Ostallgäu)
 Neusäß (Lkr. Augsburg)
 Neu-Ulm (Lkr. Neu-Ulm)
 Nördlingen (Lkr. Donau-Ries)
 Oberstaufer (Lkr. Oberallgäu)
 Oberstdorf (Lkr. Oberallgäu)
 Oettingen i. Bay. (Lkr. Donau-Ries)
 Ottobeuren (Lkr. Unterallgäu)
 Rain (Lkr. Donau-Ries)
 Scheidegg (Lkr. Lindau (Bodensee))
 Schwangau (Lkr. Ostallgäu)
 Senden (Lkr. Neu-Ulm)
 Sonthofen (Lkr. Oberallgäu)
 Vöhringen (Lkr. Neu-Ulm)
 Waltenhofen (Lkr. Oberallgäu)
 Wemding (Lkr. Donau-Ries)
 Wertingen (Lkr. Dillingen a.d. Donau)

Anlage 2
(zu § 2 Abs. 4)

1. Regierungsbezirk Oberbayern

Altötting (Lkr. Altötting)
 Aßling (Lkr. Ebersberg)
 Bad Feilnbach (Lkr. Rosenheim)
 Bad Wiessee (Lkr. Miesbach)
 Berg (Lkr. Starnberg)
 Bernau a. Chiemsee (Lkr. Rosenheim)
 Burghausen (Lkr. Altötting)
 Dachau (Lkr. Dachau)
 Ebersberg (Lkr. Ebersberg)
 Eichenau (Lkr. Fürstenfeldbruck)
 Eggstätt (Lkr. Rosenheim)
 Feldkirchen-Westerham (Lkr. Rosenheim)
 Freising (Lkr. Freising)
 Fürstenfeldbruck (Lkr. Fürstenfeldbruck)
 Garching b. München (Lkr. München)
 Gauting (Lkr. Starnberg)
 Germering (Lkr. Fürstenfeldbruck)
 Glonn (Lkr. Ebersberg)
 Gröbenzell (Lkr. Fürstenfeldbruck)
 Hallbergmoos (Lkr. Freising)
 Hausham (Lkr. Miesbach)
 Herrsching a. Ammersee (Lkr. Starnberg)
 Holzkirchen (Lkr. Miesbach)
 Ingolstadt
 Karlsfeld (Lkr. Dachau)
 Kirchseeon (Lkr. Ebersberg)
 Miesbach (Lkr. Miesbach)
 Mühldorf a. Inn (Lkr. Mühldorf a. Inn)
 Landeshauptstadt München
 Neuötting (Lkr. Altötting)
 Oberammergau (Lkr. Garmisch-Partenkirchen)
 Olching (Lkr. Fürstenfeldbruck)
 Penzberg (Lkr. Weilheim-Schongau)
 Planegg (Lkr. München)
 Prien a. Chiemsee (Lkr. Rosenheim)
 Puchheim (Lkr. Fürstenfeldbruck)
 Raubling (Lkr. Rosenheim)
 Rimsting (Lkr. Rosenheim)
 Rohrdorf (Lkr. Rosenheim)
 Seeshaupt (Lkr. Weilheim-Schongau)
 Siegsdorf (Lkr. Traunstein)
 Taufkirchen (Vils) (Lkr. Erding)
 Unterhaching (Lkr. München)
 Unterneukirchen (Lkr. Altötting)
 Wartenberg (Lkr. Erding)
 Weßling (Lkr. Starnberg)

2. Regierungsbezirk Niederbayern

Viechtach (Lkr. Regen)

3. Regierungsbezirk Oberpfalz

Donaustauf (Lkr. Regensburg)
 Lappersdorf (Lkr. Regensburg)
 Regensburg

4. Regierungsbezirk Mittelfranken

Altdorf b. Nürnberg (Lkr. Nürnberger Land)
 Ansbach
 Bad Windsheim
 (Lkr. Neustadt a.d. Aisch - Bad Windsheim)
 Büchenbach (Lkr. Roth)

Eckental (Lkr. Erlangen-Höchstadt)
 Erlangen
 Feucht (Lkr. Nürnberger Land)
 Georgensgmünd (Lkr. Roth)
 Hersbruck (Lkr. Nürnberger Land)
 Herzogenaurach (Lkr. Erlangen-Höchstadt)
 Höchststadt a.d. Aisch (Lkr. Erlangen-Höchstadt)
 Neustadt a.d. Aisch
 (Lkr. Neustadt a.d. Aisch - Bad Windsheim)
 Nürnberg
 Schwabach
 Schwanstetten (Lkr. Roth)
 Schwarzenbruck (Lkr. Nürnberger Land)

5. Regierungsbezirk Unterfranken

Bad Kissingen (Lkr. Bad Kissingen)
 Eibelstadt (Lkr. Würzburg)
 Goldbach (Lkr. Aschaffenburg)
 Hammelburg (Lkr. Bad Kissingen)
 Rottendorf (Lkr. Würzburg)
 Sommerhausen (Lkr. Würzburg)
 Winterhausen (Lkr. Würzburg)
 Würzburg

6. Regierungsbezirk Schwaben

Affing (Lkr. Aichach-Friedberg)
 Blaichach (Lkr. Oberallgäu)
 Burgberg i. Allgäu (Lkr. Oberallgäu)
 Dillingen a.d. Donau (Lkr. Dillingen a.d. Donau)
 Fischen i. Allgäu (Lkr. Oberallgäu)
 Gundelfingen a.d. Donau (Lkr. Dillingen a.d. Donau)
 Hindelang (Lkr. Oberallgäu)
 Höchstädt a.d. Donau (Lkr. Dillingen a.d. Donau)
 Illertissen (Lkr. Neu-Ulm)
 Kaufbeuren
 Kempten (Allgäu)
 Lauingen (Donau) (Lkr. Dillingen a.d. Donau)
 Leipheim (Lkr. Günzburg)
 Meitingen (Lkr. Augsburg)
 Memmingen
 Oberstaufer (Lkr. Oberallgäu)
 Oberstdorf (Lkr. Oberallgäu)
 Ofterschwang (Lkr. Oberallgäu)
 Oy-Mittelberg (Lkr. Oberallgäu)
 Rehling (Lkr. Aichach-Friedberg)
 Ronsberg (Lkr. Ostallgäu)
 Schwabmünchen (Lkr. Augsburg)
 Senden (Lkr. Neu-Ulm)
 Sonthofen (Lkr. Oberallgäu)
 Sulzberg (Lkr. Oberallgäu)
 Vöhringen (Lkr. Neu-Ulm)
 Waltenhofen (Lkr. Oberallgäu)
 Weiler-Simmerberg (Lkr. Lindau (Bodensee))
 Wertingen (Lkr. Dillingen a.d. Donau)

Anlage 3
(zu § 2 Abs. 5)

1. Regierungsbezirk Oberbayern

Altötting (Lkr. Altötting)
 Aßling (Lkr. Ebersberg)
 Bad Feilnbach (Lkr. Rosenheim)
 Berg (Lkr. Starnberg)
 Burghausen (Lkr. Altötting)
 Ebersberg (Lkr. Ebersberg)
 Eichenau (Lkr. Fürstenfeldbruck)
 Feldkirchen-Westerham (Lkr. Rosenheim)
 Fürstenfeldbruck (Lkr. Fürstenfeldbruck)
 Germering (Lkr. Fürstenfeldbruck)
 Glonn (Lkr. Ebersberg)
 Gröbenzell (Lkr. Fürstenfeldbruck)
 Herrsching a. Ammersee (Lkr. Starnberg)
 Holzkirchen (Lkr. Miesbach)
 Ingolstadt
 Kirchseeon (Lkr. Ebersberg)
 Mühldorf a. Inn (Lkr. Mühldorf a. Inn)
 Landeshauptstadt München
 Neuötting (Lkr. Altötting)
 Olching (Lkr. Fürstenfeldbruck)
 Planegg (Lkr. München)
 Puchheim (Lkr. Fürstenfeldbruck)
 Raubling (Lkr. Rosenheim)
 Rohrdorf (Lkr. Rosenheim)
 Seeshaupt (Lkr. Weilheim-Schongau)
 Starnberg (Lkr. Starnberg)
 Unterneukirchen (Lkr. Altötting)
 Wartenberg (Lkr. Erding)

2. Regierungsbezirk Niederbayern

Hauzenberg (Lkr. Passau)
 Hengersberg (Lkr. Deggendorf)
 Passau

3. Regierungsbezirk Oberpfalz

Donaustauf (Lkr. Regensburg)
 Lappersdorf (Lkr. Regensburg)
 Regensburg

4. Regierungsbezirk Oberfranken

Bamberg

5. Regierungsbezirk Mittelfranken

Altdorf b. Nürnberg (Lkr. Nürnberger Land)
 Ansbach

Bad Windsheim
 (Lkr. Neustadt a.d. Aisch - Bad Windsheim)
 Büchenbach (Lkr. Roth)
 Erlangen
 Feucht (Lkr. Nürnberger Land)
 Georgensgmünd (Lkr. Roth)
 Hersbruck (Lkr. Nürnberger Land)
 Neustadt a.d. Aisch (Lkr. Neustadt a.d. Aisch -
 Bad Windsheim)
 Nürnberg
 Schwanstetten (Lkr. Roth)
 Schwarzenbruck (Lkr. Nürnberger Land)

6. Regierungsbezirk Unterfranken

Bad Kissingen (Lkr. Bad Kissingen)
 Hammelburg (Lkr. Bad Kissingen)
 Rottendorf (Lkr. Würzburg)
 Würzburg

7. Regierungsbezirk Schwaben

Balderschwang (Lkr. Oberallgäu)
 Blaichach (Lkr. Oberallgäu)
 Dillingen a.d. Donau (Lkr. Dillingen a.d. Donau)
 Donauwörth (Lkr. Donau-Ries)
 Fischen i. Allgäu (Lkr. Oberallgäu)
 Grönenbach (Lkr. Unterallgäu)
 Günzburg (Lkr. Günzburg)
 Gundelfingen a.d. Donau (Lkr. Dillingen a.d. Donau)
 Harburg (Lkr. Donau-Ries)
 Hindelang (Lkr. Oberallgäu)
 Höchstädt a.d. Donau (Lkr. Dillingen a.d. Donau)
 Illertissen (Lkr. Neu-Ulm)
 Immenstadt i. Allgäu (Lkr. Oberallgäu)
 Kaufbeuren
 Kempten (Allgäu)
 Lauingen (Donau) (Lkr. Dillingen a.d. Donau)
 Lindau (Bodensee) (Lkr. Lindau (Bodensee))
 Memmingen
 Monheim (Lkr. Donau-Ries)
 Oberstaußen (Lkr. Oberallgäu)
 Oberstdorf (Lkr. Oberallgäu)
 Oettingen i. Bay. (Lkr. Donau-Ries)
 Ofterschwang (Lkr. Oberallgäu)
 Ottobeuren (Lkr. Unterallgäu)
 Oy-Mittelberg (Lkr. Oberallgäu)
 Rain (Lkr. Donau-Ries)
 Ronsberg (Lkr. Ostallgäu)
 Senden (Lkr. Neu-Ulm)
 Sonthofen (Lkr. Oberallgäu)
 Vöhringen (Lkr. Neu-Ulm)
 Waltenhofen (Lkr. Oberallgäu)
 Wertingen (Lkr. Dillingen a.d. Donau)

8231-1-A

**Verordnung
über
die Organisation der gesetzlichen Unfallversicherung
im Kommunal- und Landesbereich (UkV)**

Vom 21. Oktober 1997

Auf Grund von § 116 Abs. 1 Satz 1, § 117 Abs. 1, § 128 Abs. 2, § 218 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 3 des Siebten Buchs Sozialgesetzbuch (SGB VII) vom 7. August 1996 (BGBl I S. 1254), zuletzt geändert durch Gesetz vom 29. April 1997 (BGBl I S. 968), erläßt die Bayerische Staatsregierung folgende Verordnung:

§ 1

Bayerische Landesunfallkasse

¹Als Träger der gesetzlichen Unfallversicherung für die in § 128 SGB VII genannten Unternehmen und Versicherten wird mit Wirkung vom 1. Januar 1998 die Bayerische Landesunfallkasse errichtet. ²Die Staatliche Ausführungsbehörde für Unfallversicherung wird in die Bayerische Landesunfallkasse überführt.

§ 2

Unfallkasse München

¹Als Träger der gesetzlichen Unfallversicherung für die in § 129 SGB VII genannten Unternehmen und Versicherten wird mit Wirkung vom 1. Januar 1998 für den Bereich der Landeshauptstadt München die Unfallkasse München errichtet. ²Die Eigenunfallversicherung der Landeshauptstadt München wird in die Unfallkasse München überführt.

§ 3

Bayerischer Gemeindeunfallversicherungsverband

Die übrigen Gemeinden, die Landkreise und Bezirke bilden den Bayerischen Gemeindeunfallversicherungsverband.

§ 4

Aufgabenübertragung für die
Bayerische Landesunfallkasse

¹Die laufenden Verwaltungsgeschäfte der Bayerischen Landesunfallkasse werden vom Bayerischen Gemeindeunfallversicherungsverband wahrgenommen. ²Der Geschäftsführer des Bayerischen Gemeindeunfallversicherungsverbands und sein Stellvertreter sind zugleich Geschäftsführer und stellvertretender Geschäftsführer der Bayerischen Landesunfallkasse. ³Die Wahl des Geschäftsführers und seines Stellvertreters erfolgt durch den Bayerischen Gemeindeunfallversi-

cherungsverband im Einvernehmen mit der Bayerischen Landesunfallkasse. ⁴Das Nähere über die Herstellung des Einvernehmens wird durch Vereinbarung zwischen dem Bayerischen Gemeindeunfallversicherungsverband und der Bayerischen Landesunfallkasse geregelt, die der Genehmigung der Aufsichtsbehörde bedarf.

§ 5

Zuständigkeit für Hilfeleistungsunternehmen

¹Der Bayerische Gemeindeunfallversicherungsverband und die Unfallkasse München sind für ihren Bereich zuständig für Versicherte nach § 128 Abs. 1 Nr. 6 SGB VII. ²Für das Bayerische Rote Kreuz in seiner Gesamtheit bleibt der Bayerische Gemeindeunfallversicherungsverband zuständiger Unfallversicherungsträger.

§ 6

Dienstherrnfähigkeit

Der Bayerische Gemeindeunfallversicherungsverband und die Unfallkasse München besitzen das Recht, Beamte zu haben.

§ 7

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

(1) Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1998 in Kraft.

(2) Gleichzeitig treten außer Kraft

1. die Verordnung über ergänzende Vorschriften zur Unfallversicherung vom 25. Februar 1986 (GVBl S. 15, BayRS 8231-1-A), zuletzt geändert durch Verordnung vom 21. Dezember 1993 (GVBl S. 1074),
2. die Verordnung Nr. 91 betreffend Zuständigkeit der Unfallversicherung für das Bayerische Rote Kreuz vom 25. Februar 1946 (BayRS 827-9-A).

München, den 21. Oktober 1997

Der Bayerische Ministerpräsident

Dr. Edmund Stoiber

220-6-K

**Verordnung
über die Errichtung
des Internationalen Künstlerhauses
Villa Concordia in Bamberg**

Vom 20. Oktober 1997

Auf Grund des § 1 der Verordnung über die Einrichtung der staatlichen Behörden (BayRS 200-1-S) erläßt das Bayerische Staatsministerium für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst folgende Verordnung:

§ 1

¹Der Freistaat Bayern errichtet ein Internationales Künstlerhaus mit Sitz in Bamberg. ²Es führt die Bezeichnung Internationales Künstlerhaus Villa Concordia. ³Die Einrichtung untersteht unmittelbar dem Staatsministerium für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst.

§ 2

¹Das Internationale Künstlerhaus Villa Concordia dient der Förderung und Pflege der Künste und der Vertiefung der kulturellen Beziehungen des Freistaates Bayern zu anderen Staaten. ²Durch die Aufnahme von Künstlern aus anderen europäischen Ländern will der Freistaat Bayern einen Beitrag zur Förderung des europäischen Gedankens leisten. ³Außerdem soll das Internationale Künstlerhaus durch die Zusammenarbeit mit den örtlichen Institutionen, durch öffentliche Auftritte der Stipendiatinnen und Stipendiaten und durch eigene Veranstaltungen einen Beitrag zum kulturellen Leben der Stadt Bamberg und der Region leisten.

§ 3

Über die Organisation und Verwaltung trifft das Staatsministerium für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst die erforderlichen Anordnungen.

§ 4

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Oktober 1997 in Kraft.

München, den 20. Oktober 1997

**Bayerisches Staatsministerium
für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst**

Hans Zehetmair, Staatsminister

230-1-7-U

**Bekanntmachung
über die Verbindlicherklärung
der Fünften Änderung, Teil 1,
der Achten Änderung, Teil 1,
und der Neunten Änderung des
Regionalplans der Region München (14)**

Vom 17. Oktober 1997

Auf Grund des Art. 18 Abs. 7 in Verbindung mit Abs. 2 des Bayerischen Landesplanungsgesetzes - BayLplG - (BayRS 230-1-U) hat das Bayerische Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen im Einvernehmen mit den übrigen Staatsministerien die Fünfte Änderung, Teil 1, die Achte Änderung, Teil 1, und die Neunte Änderung des Regionalplans der Region München (Bekanntmachung über die Verbindlicherklärung vom 20. Januar 1987, GVBl S. 27, BayRS 230-1-7-U, und - zuletzt - der Fünften Änderung, Teil 2, vom 2. Juli 1997, GVBl S. 421) für verbindlich erklärt.

Die Fünfte Änderung, Teil 1, betrifft den Verkehr und das Nachrichtenwesen, die Achte Änderung, Teil 1, betrifft landschaftliche Vorbehaltsgebiete an der Paar und die Neunte Änderung betrifft den Lärmschutzbereich des Flughafens München.

Die Änderungen des Regionalplans sind bei der Landeshauptstadt München und den Landratsämtern Dachau, Ebersberg, Erding, Freising, Fürstenfeldbruck, Landsberg a. Lech, München und Starnberg zur Einsichtnahme für jedermann ab 1. November 1997 ausgelegt. Die Auslegungszeiten richten sich nach den jeweils festgelegten Zeiten für den Parteienverkehr.

Diese Änderungen treten am 1. November 1997 in Kraft.

München, den 17. Oktober 1997

**Bayerisches Staatsministerium
für Landesentwicklung und Umweltfragen**

Dr. Thomas Goppel, Staatsminister

Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt

Max Schick GmbH, Druckerei und Verlag
Karl-Schmid-Straße 13, 81829 München
Postvertriebsstück – Gebühr bezahlt

230-1-8-U

**Bekanntmachung
über die Verbindlicherklärung
der Dritten Änderung, Teil 1,
des Regionalplans der Region Ingolstadt (10)**

Vom 17. Oktober 1997

Auf Grund des Art. 18 Abs. 7 in Verbindung mit Abs. 2 des Bayerischen Landesplanungsgesetzes – BayLplG – (BayRS 230-1-U) hat das Bayerische Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen im Einvernehmen mit den übrigen Staatsministerien die Dritte Änderung, Teil 1, des Regionalplans der Region Ingolstadt (Bekanntmachung über die Verbindlicherklärung vom 4. Dezember 1989, GVBl S. 736, BayRS 230-1-8-U, und – zuletzt – der zweiten Änderung, Teil 1, vom 7. Juli 1994, GVBl S. 819) für verbindlich erklärt.

Die Änderung betrifft den Verkehr und das Nachrichtenwesen.

Die Dritte Änderung, Teil 1, des Regionalplans ist bei der kreisfreien Stadt Ingolstadt und den Landratsämtern Eichstätt, Neuburg a. d. Donau und Pfaffenhofen a. d. Ilm zur Einsichtnahme für jedermann ab 1. November 1997 ausgelegt. Die Auslegungszeiten richten sich nach den jeweils festgelegten Zeiten für den Parteienverkehr.

Diese Änderung tritt am 1. November 1997 in Kraft.

München, den 17. Oktober 1997

**Bayerisches Staatsministerium
für Landesentwicklung und Umweltfragen**

Dr. Thomas G o p p e l, Staatsminister

Herausgeber/Redaktion: Bayerische Staatskanzlei, Franz-Josef-Strauß-Ring 1, 80539 München

Das Bayerische Gesetz- und Verordnungsblatt wird nach Bedarf ausgegeben, in der Regel zweimal im Monat.

Die Herstellung erfolgt aus **100 % Altpapier**.

Herstellung und Vertrieb: Max Schick GmbH, Druckerei und Verlag, Karl-Schmid-Straße 13, 81829 München, Tel. 0 89 / 42 92 01/02, Telefax 0 89/42 84 88, Bankverbindung: Bayerische Vereinsbank München, Kto.-Nr.: 38 365 444, BLZ 700 202 70

Bezug: Das Bayerische Gesetz- und Verordnungsblatt wird im Namen und für Rechnung des Herausgebers von der Max Schick GmbH ausgeliefert. Bestellungen sind ausschließlich an die Max Schick GmbH zu richten. Ausgaben, die älter sind als 5 Jahre, sind im Einzelverkauf nicht erhältlich. Abbestellungen müssen bis spätestens 31. Oktober eines Jahres mit Wirkung vom Beginn des folgenden Kalenderjahres bei der Max Schick GmbH eingehen. Reklamationen wegen fehlerhafter oder nicht erhaltener Exemplare müssen spätestens 1 Monat nach deren Erscheinungsdatum schriftlich oder per Telefax beim Verlag eingehen. Nach dieser Frist ist eine gebührenfreie Ersatzlieferung nicht mehr möglich.

Bezugspreis für den laufenden Bezug jährlich DM 65,00 (unterliegt nicht der gesetzlichen Mehrwertsteuer), für Einzelnummern bis 8 Seiten DM 4,00, für weitere 4 angefangene Seiten DM 0,50, ab 48 Seiten Umfang für je weitere 8 angefangene Seiten DM 0,50 + Versand.

ISSN 0005-7134